

Ruth Cremerius

Die Forderungen der chinesischen Studenten an die Regierung der VR China

Als sich am 15. April 1989 die Nachricht vom Tod des ehemaligen ZK-Generalsekretärs Hu Yaobang verbreitete, begannen die Studenten mit Sympathiekundgebungen für den verstorbenen Politiker, in die sich bald Proteste gegen die Partei- und Regierungsführung mischten. Ähnliches war im Jahre 1976 nach dem Tod Zhou Enlais geschehen. Damals war es zu eher spontanen Demonstrationen gekommen; jetzt gründeten die Studenten einen autonomen Verband, der mittels Abstimmungen eine gemeinsame, von allen angeschlossenen Hochschulen getragene Vorgehensweise gewährleisten sollte.

Am 18. April übergaben Vertreter dieses unabhängigen Studentenverbandes einem Regierungsvertreter in der Großen Halle des Volkes eine "Forderung in Sieben Punkten"; das von ihnen verlangte Gespräch mit einem der Vizepräsidenten des Parlaments wurde ihnen jedoch verwehrt.¹ Erst am 29. April waren Regierungsvertreter - darunter He Dongchang, stellvertretender Leiter der Staatlichen Erziehungskommission, und der Regierungssprecher Yuan Mu - bereit, eine Abordnung der offiziellen Studentenverbände zu empfangen. Ein Gespräch mit dem neugegründeten unabhängigen Studentenverband lehnten sie ab. Während des Gesprächs versicherten die Regierungsangehörigen, daß das, was die Studenten verlangten, mit den von Partei und Regierung angestrebten Zielen übereinstimme.² Das Tempo bei deren Verwirklichung aber, und daran hatte die Führung nie einen Zweifel gelassen, würde sie selbst bestimmen, und zwar in unsichtiger Weise. Das wollten die Studenten nicht länger hinnehmen. Sie drängten auf einen echten Dialog und auf baldige Erfüllung ihrer Sieben-Punkte-Forderung.³

1. "Neubewertung der Rolle Hu Yaobangs für den Reformprozeß"

Hu Yaobang hatte sich im Volke, vor allem bei den Intellektuellen, großer Beliebtheit erfreut, galt er doch als entschiedener Verfechter politischer Reformen. Im Januar 1987 hatte er von seinem Posten als Generalsekretär der KP zurücktreten müssen; Parteigenossen hatten ihm u.a. vorgeworfen, "das Parteiprinzip der kollektiven Führung verletzt" und beim Kampf gegen "die geistige Verschmutzung" (1983) und gegen "die bürgerliche Liberalisierung" (1987) Schwäche gezeigt zu haben.⁴ Nach seinem Tod wurde er - wie Zhou Enlai dreizehn Jahre zuvor - für die Studenten zum Symbolträger ihrer Demokratievorstellungen.

Wie dehnbare der Begriff Demokratie ist, zeigt sich daran, daß auch die Partei und Regierung eine Demokratisierung der Gesellschaft, vor allem aber der politischen Entscheidungsprozesse, anstrebten. Daß ihr Ziel nicht die Einführung des Mehrparteiensystems und des Parlamentarismus im westlichen Demokratieverständnis ist (auch nicht sein kann), haben ihre Führer, darunter Zhao Ziyang, immer wieder hervorgehoben.⁵ Und sie wurden nicht müde zu betonen, daß die Demokratisierung Chinas einen langen Entwicklungsprozeß erfordere; die innere Stabilität stehe dabei an erster Stelle.⁶

Die Studenten aber, die - anders als ihre Eltern - die Zeit des innenpolitischen Chaos während der Kulturrevolution nicht bewußt miterlebt haben, mochten das vorsichtige, auch widersprüchliche Taktieren der Führung, die immer wieder gewisse Freiheiten gewährte, dann zurücknahm, nicht länger hinnehmen. Ihr Unmut entzündete sich an den offiziellen Würdigungen Hu Yaobangs, in denen die Gründe für

seinen Rücktritt im Januar 1987 nicht erwähnt wurden.⁷ Eine Neubewertung seiner Rolle im Reformprozeß, wie sie forderten, hätte das Eingeständnis der Führung bedeutet, in den vergangenen zwei Jahren schwerwiegende Fehler gemacht und einen verdienten Genossen auf das politische Abstellgleis geschoben zu haben. Für die orthodoxen Funktionäre hatten die damalige Bewertung der innenpolitischen Lage und die Kritik an Hu Yaobang indes ebenso wenig ihre Gültigkeit verloren wie die von ihnen gesetzten Prioritäten bei der sogenannten Demokratisierung der Gesellschaft.

2. "Rehabilitierung der Intellektuellen, die in den beiden Kampagnen 'Gegen geistige Verschmutzung' und 'Gegen die bürgerliche Liberalisierung' verurteilt worden sind"

Diese beiden Begriffe, so Brunhild Staiger, dienen zur Bezeichnung aller Ideen und Erscheinungen, die der Partei mißlieblich sind: Zweifel am Sozialismus, Verneinung von Klassengegensätzen und Klassenkämpfen, Propagierung religiösen Glaubens, Pornographie, um nur einige zu nennen.⁸ Beide Kampagnen wurden von der Partei dazu genutzt, Kritiker in den eigenen Reihen auszuschließen und oppositionelle Intellektuelle u.a. durch Enthebung von ihren Posten zu bestrafen. Und doch waren sie im Vergleich mit den Ausrichtungskampagnen der Vergangenheit alles andere als Demonstrationen parteilicher Allmacht, wie sich am Beispiel des Journalisten und Schriftstellers Liu Binyan zeigte. Er wurde zwar aus der Partei ausgeschlossen - unter dem Vorwurf, die Partei und den Sozialismus verleumdet und westlich-liberale Ideen verbreitet zu haben - und verlor seinen Posten als Sonderkorrespondent der parteiamtlichen *Volkszeitung*, blieb aber stellvertretender Vorsitzender des Chinesischen Schriftstellerverbandes.⁹ Ihm wurde sogar die Ausreise gestattet; zur Zeit lebt er als Stipendiat der Harvard-Universität in den USA.¹⁰

Wenige Tage, nachdem der Forderungskatalog einem Regierungsvertreter übergeben worden war, erweiterte der neue unabhängige Studentenverband diese Forderung nach Rehabilitierung der im Lauf der beiden Kampagnen verurteilten Intellektuellen dahingehend, daß alle politischen Gefangenen freizulassen seien.¹¹ Das berührt einen ganz empfindlichen Punkt der chinesischen Regierung. Sie

sieht sich zunehmendem Druck aus dem In- und Ausland ausgesetzt, die Menschenrechte zu beachten und alle "gewaltlosen politischen Gefangenen" freizulassen bzw. anlässlich des 40. Jahrestags der Gründung der Volksrepublik China zu begnadigen. Menschenrechte, so Wolfgang S. Heinz, sind in der Volksrepublik "umstritten und Teil des ideologischen Kampfes"; von "einem marxistisch-leninistischen Standpunkt" aus gelten sie als "bürgerliche Rechte".¹² Deng Xiaoping soll kürzlich in Hinblick auf die Unterstützung von Menschenrechtlern im westlichen Ausland erklärt haben, "daß Chinas Angelegenheiten vom chinesischen Volk geregelt werden müßten und daß man keine Angst davor haben solle, was die Ausländer sagten".¹³

Nach der offiziellen Sprachregelung gibt es in China keine politischen Gefangenen, es können also auch keine freigelassen werden. Inhaftierte Oppositionelle gelten als rechtmäßig verurteilte "Konterrevolutionäre".¹⁴ In diesem Zusammenhang ist vor allem an Wei Jingsheng zu erinnern, den bekanntesten Vertreter der Demokratischen Bewegung von 1978/79, des sogenannten "Pekinger Frühlings". Er wurde 1979 wegen angeblicher Weitergabe von militärischen Informationen an Ausländer, Verletzung der Verfassung des Landes und Betreibens konterrevolutionärer Propaganda und Agitation zu 15 Jahren Haft verurteilt.¹⁵ Nachdem sich bekannte chinesische Intellektuelle für Wei Jingsheng und andere inhaftierte Oppositionelle eingesetzt hatten,¹⁶ lehnten im März dieses Jahres Vertreter von Regierung und Justiz eine Begnadigung dieser Personen ausdrücklich ab.¹⁷

So unbeugsam sich die Führung hierin auch zeigte, war es doch bemerkenswert, daß sie derartige Forderungen offiziell überhaupt zur Kenntnis nahm. Sie sah sich sogar gezwungen, im März in ihrer Hongkonger Parteizeitung *Da Gong Bao* Berichten der westlichen Presse über die unmenschlichen Haftbedingungen Wei Jingshengs und seinen schlechten Gesundheitszustand entgegenzutreten; Anfang Mai schilderte ein Funktionär des Justizministeriums die "humanen" Haftbedingungen Wei Jingshengs und ließ durchblicken, daß einer Begnadigung die Unbußfertigkeit des Häftlings entgegenstehe.¹⁸

Gewiß war die Führung im Mai 1989 von einer Wahrung der Menschenrechtsnormen, wie sie in der Satzung der Vereinten Nationen verankert ist, weit entfernt. Daß sie sich zum ersten Mal zu einer offiziellen - wenn auch mit Sicherheit beschönigenden - Darstellung der Haftbedingungen und einer Art Rechtfertigung gedrängt fühlte, wenn auch nur in diesem einen, international bekannten Fall, bedeutete aber einen winzigen Hoffnungsschimmer für die Zukunft - bis zum Massaker auf dem Tian'anmen-Platz Anfang Juni.

3. "Pressefreiheit"

Die Freiheit der Publikation zählt zu den in der Verfassung von 1982 garantierten Grundrechten der chinesischen Staatsbürger; einklagbar ist sie, wie die anderen Rechte, nicht. Von Pressefreiheit im westlichen Sinne konnte keine Rede sein, aber auch nicht von einer Gleichschaltung der Medien wie während der Kulturrevolution. In den letzten Jahren war das Meinungsmonopol der Partei zunehmend abgebrockelt; selbst in parteioffiziellen Organen wie der *Volkszeitung* und der vom Kommunistischen Jugendverband herausgegebenen *Chinesischen Jugend-Zeitung* war eine ganz erstaunliche Lockerung in der Berichterstattung zu erkennen. Politisch und gesellschaftlich brisante Themen konnten in Artikeln und auf den Leserbriefseiten hart und kontrovers diskutiert werden.¹⁹ Daß diesen Diskussionen Grenzen gesetzt sind, hatte sich jedoch in den vergangenen Jahren mehrfach gezeigt, etwa beim Parteiausschluß der Journalisten und Schriftsteller Liu Binyan und Wang Ruowang im Januar 1987.²⁰ Und doch, die Kampagnen, einst gefürchtetes Machtmittel zur Maßregelung von Oppositionellen, versandeten rasch, die Reformen gingen weiter - und die Debatten.

Die Partei mahnte hin und wieder, das Neudenken nicht allzu üppig ins Kraut schießen zu lassen, warnte auch davor, über der Offenlegung von Mißständen die Darstellung der positiven Errungenschaften im gesamtgesellschaftlichen Bereich zu vernachlässigen, billigte den Medien aber durchaus eine gewisse Kontrollfunktion bezüglich der Arbeit von Partei und Regierung zu, wobei sie allerdings an den Richtlinien der Partei festzuhalten hätten.²¹ Wann

ein Journalist die von der Partei gesetzten Grenzen überschritten hat, entscheidet die im Januar 1987 eingerichtete Behörde für das Presse- und Publikationswesen, die der Hongkonger Presse zufolge einen "Stützpunkt der Konservativen" darstellt.²² Nicht nur die Studenten empfinden die Dikta der Funktionäre dieser Behörde häufig als nackte Willkür, wie die Demonstrationen von Beijinger Journalisten im Mai bewiesen.²³ Trotz mehrfacher Ankündigung seitens der Regierung liegen noch immer keine Bestimmungen vor, die die Zensur auf eine gesetzliche Grundlage stellen.

4. "Einkünfte aller Führungskader offenlegen, gegen Korruption und Amtsmißbrauch"

Die Wirtschaftsreformen haben ganz neue Möglichkeiten der Verquickung und des Mißbrauchs von Ämtern eröffnet; die Korruption unter den Funktionären hat eine bis dahin unbekannt Dimension erreicht. Daher hat sich die Partei dem Kampf gegen Bestechlichkeit und Amtsmißbrauch in den eigenen Reihen verschrieben, bislang allerdings mit sehr bescheidenem Erfolg. Um nur ein Beispiel zu nennen: Trotz wiederholter Aufrufe seitens des ZK und des Staatsrates haben noch immer Dutzende von Verwaltungskadern auf der Ebene von stellvertretenden Ministern und mehr als hundert Verwaltungsleiter auf Abteilungs- und Ämterebene ihre Posten in Wirtschaftsunternehmen nicht aufgegeben.²⁴ Der Unmut der Bevölkerung über derartige Interessenverflechtungen wird weiter genährt durch die kaum verhüllte Bereicherung von Kadern und ihren Kindern. Sogar der Sohn Deng Xiaopings muß sich in seiner Funktion als Vorsitzender des Chinesischen Behindertenverbandes gegen den Vorwurf finanzieller Unregelmäßigkeiten wehren.²⁵

Unsaubere Geschäftspraktiken und Korruption beschränken sich indes keineswegs nur auf die Führungsschicht. Mit Geld kann man in China Begünstigungen aller Art erlangen, sei es eine größere Wohnung, eine besser bezahlte Arbeitsstelle oder einen der begehrten Studienplätze im Ausland. Allzu rasch hatte sich die Gesellschaft im Zuge der Wirtschaftsreformen und der Öffnung nach dem Ausland gewandelt. Vollkommen unvorbereitet

wurde die Bevölkerung mit neuen Werten und neuen Erscheinungen konfrontiert: Gewinnstreben, Wettbewerb, Leistungsdruck. Eine Ellbogengesellschaft bildet sich heraus, in der zwei Dinge das Vorankommen bestimmen: Geld und Beziehungen.

Die Forderung der Studenten, die zu meist weder über das eine noch das andere verfügen, daß die Führungskader ihre Einkünfte (vor allem die Nebeneinkünfte) offenlegen, erscheint verständlich. Der "gläserne Kader" ist indes genauso undenkbar wie der "gläserne Abgeordnete" in den parlamentarischen Demokratien des Westens oder Japans.

5. "Mehr Geld für das Erziehungswesen. Stellung der Intellektuellen verbessern"

Seit sich die Führung vor elf Jahren daran machte, die Wirtschaft zu reformieren, hat sie dem Erziehungswesen zwar eine wichtige Rolle bei der Durchführung der Vier Modernisierungen zugesprochen, doch es fehlte ihr an klaren Konzepten in der Bildungspolitik. Und an Geld. Gewiß, es wurde investiert, vor allem in den Universitäten - ein Großteil der Summen floß allerdings in den Bau von Ausländerwohnheimen. Das verstärkte die Unzufriedenheit der Studenten, die zu Recht über kärgliche Stipendien, unzulängliche Wohn- und Studienbedingungen, Isolation, staatliche Gängelung und trübe Zukunftsaussichten klagten. Noch trostloser ist das Bild an den Primar- und Sekundarschulen. Viele Unterrichtsgebäude sind baufällig, die Lehrer unterbezahlt, es mangelt an guten Lehrmaterialien.

Einst die Elite des Landes, waren die Intellektuellen - Studenten, Lehrer, Akademiker, Schriftsteller und Künstler - die Hauptleidtragenden der Kulturrevolution gewesen. Nach 1978 sahen sie sich wieder anerkannt, ihr Einsatz und ihr Fachwissen waren bei der Entwicklung des Landes gefragt. Bald aber empfanden sie sich als Stiefkinder der Reformen. Händler und Bauern haben es zu Wohlstand und Reichtum gebracht, sie aber rangieren am unteren Ende der Einkommensskala und sind von den Preissteigerungen und der Inflation besonders hart betroffen. Selbst ein Arbeiter verdient im Durchschnitt mehr als ein Lehrer, bekommt

bessere Sozialleistungen, eine höhere Altersversorgung. So schwand das soziale Ansehen der Intellektuellen rapide, "Lernen ist nutzlos" heißt die Devise im heutigen China. Zudem sehen sich die Akademiker wie die Kulturschaffenden von konservativen Funktionären in ihrer Forschung, Lehre und Kreativität unerträglich eingeengt.

Die meisten Intellektuellen suchten ihr Heil in einem - möglichst ausgedehnten - Auslandsaufenthalt. Die Führung sah dem Exodus von Fachleuten und Künstlern tatenlos zu; erst in letzter Zeit bemühte sie sich, ihnen Anreize für die Rückkehr in die Heimat zu bieten. Und erst im Februar dieses Jahres beschloß sie eine Erhöhung der staatlichen Ausgaben im Erziehungswesen.²⁶

Allzu lange hatten Partei und Regierung die wachsende Unzufriedenheit der Intellektuellen mit ihrem sinkenden Lebensstandard und der Zensur ihrer Werke durch inkompetente, bornierte Parteibürokraten einfach ignoriert. Als sie endlich Fehler in der Bildungspolitik eingestanden, bezogen sie das einzig auf fehlerhafte ideologische Arbeit. Daß eine materielle und damit soziale Aufwertung der Intellektuellen aufgrund der angespannten Finanzlage zur Zeit einfach nicht möglich ist, zu diesem Eingeständnis mochte sich die Führung nicht durchringen. Schließlich erlebt China einen ganz normalen Prozeß: Erst muß Geld geschaffen werden, bevor es ausgegeben werden kann. Was die Forderung nach Freiheit der Forschung, Lehre, Literatur und Kunst anbelangt, so hatte die Partei immerhin signalisiert, daß sie bereit sei, den Intellektuellen künftig mehr Freiraum zu gewähren.²⁷

6. Aufhebung der restriktiven 'Zehn Paragraphen gegen Demonstrationen'

Gemeint sind die "Provisorischen Bestimmungen über Straßenumzüge und Demonstrationen", die im Dezember 1986 als Reaktion auf die damaligen Studentenproteste vom Ständigen Ausschuß des Volkskongresses der Stadt Beijing erlassen worden waren. Nach diesen Bestimmungen ist jede Demonstration genehmigungspflichtig; der Antrag ist fünf Tage zuvor einzureichen. Wenn die geplante Demonstration der Verfassung oder dem Gesetz widerspricht, wird der Antrag nicht ge-

nehmigt.²⁸ Diese "Bestimmungen" dienen also dazu, jede Demonstration gegen Partei und Regierung zu unterbinden. Seit sie in Kraft getreten sind, wurden sie von den Studenten einfach dadurch umgangen, daß diese keinen Antrag auf Genehmigung von geplanten Demonstrationen stellten. So wirkungslos die "Bestimmungen" auch waren, die Studenten betrachteten sie als Zeichen der Diktatur.

7. "Wahrheitsgemäße Berichterstattung über die Proteste in den Medien"

In der chinesischen Presse waren zwar hin und wieder Berichte über die Studentenkundgebungen in Beijing erschienen, sie stellten die Ereignisse jedoch in der Sicht der Regierung dar und wiesen darauf hin, daß die Demonstrationen den "Provisorischen Bestimmungen" zuwider liefen.²⁹ Die Absetzung des Chefredakteurs des Shanghai *Weltwirtschaftsboten* durch das Shanghai Parteikomitee am 26. April³⁰ signalisierte den chinesischen Journalisten, daß eine wahrheitsgemäße Berichterstattung von Partei und Regierung nicht erwünscht sei.

Seit Anfang Mai erschienen mehrfach Berichte, denen zufolge die streikenden Hochschüler zur Wiederaufnahme des Unterrichts in die Universitäten zurückgekehrt seien³¹ - und das zu einer Zeit, da die Protestkundgebungen auf dem Tian'anmen-Platz einen Höhepunkt erreicht hatten. Erst vom 14. Mai an änderte sich dies. Auf den Titelseiten der *Volkszeitung* und der *Guangming-Zeitung* wurde sogar in den Schlagzeilen auf den Vortag begonnenen Hungerstreik der Studenten hingewiesen. Am 14. April beschworen zwölf Akademiker und Schriftsteller die Studenten, ihre Kundgebungen abubrechen und in die Hochschulen zurückzukehren: Sie wollten dafür sorgen, daß ihre Forderungen in der *Guangming-Zeitung* veröffentlicht würden.³²

Am 18. und 19. Mai beherrschten Berichte und Photos über die Protestkundgebungen der Studenten die Titelseiten der *Volkszeitung* und der *Guangming-Zeitung*. Doch schon am 20. Mai kehrten die Zeitungen zu einer Berichterstattung im Sinne der Führung zurück.

Über die obige "Forderung in Sieben Punkten" hinaus, die die Studenten am Beginn ihrer Protestveranstaltungen erhoben hatten, verlangten sie einen echten Dialog mit Partei- und Regierungsvertretern sowie die Anerkennung ihres neugegründeten unabhängigen Studentenverbandes. All diese Forderungen, die unter dem Begriff "Demokratie" zusammengefaßt wurden, liefen auf eines hinaus: das Verlangen, an den politischen Entscheidungsprozessen teilzuhaben.

Die Studenten wollten der Führung beweisen, daß sie die für den Demokratisierungsprozeß notwendige Reife besitzen. Sie bildeten eine Vereinigung, in der sie über Inhalt und Wortlaut ihrer "Forderungen in Sieben Punkten" berieten und abstimmten. Und sie wollten mit ihren disziplinierten und friedlichen Protestkundgebungen beweisen, daß das Land durch eine beschleunigte Demokratisierung keineswegs ins Chaos gestürzt werde, wie führende Partei- und Regierungsvertreter immer wieder behauptet hatten. Mit ihrem Idealismus gewannen sie in Beijing und anderen Städten rasch die Sympathie und Unterstützung der Bevölkerung. Ihrer Begeisterung und ihrer Vision von einer neuen Gesellschaft hatte die Partei nichts entgegenzusetzen - außer den Mitteln der Gewalt.

- 1) SZ, 19.4.89.
- 2) Zum Wortlaut des Gesprächs siehe GMRB, 29.4.89. Ähnlich äußerte sich noch am 19. Mai Li Peng vor Partei-, Regierungs- und Armeefunktionären; vgl. BRU, 30.5.89, S. 16.
- 3) Wortlaut der "qitiao" nach taz, 22.4.89.
- 4) Vgl. Liu Jen-Kai, "Hu Yaobang - eine Biographie", in: C.a., 1989/4, S. 263.
- 5) Vgl. etwa C.a., 1989/2, Ü 8.
- 6) Vgl. etwa C.a., 1989/4, Ü 10.
- 7) Vgl. etwa den Nachruf in RMRB, 16.4.89
- 8) Vgl. hierzu Brunhild Staiger, "Kampf gegen die 'Geistige Verschmutzung'", in: C.a., 1984/2, S. 77 ff.
- 9) Vgl. C.a., 1987/1, Ü 9; 1987/4, Ü 22 und 23.
- 10) FR, 20.3.89. Ebendort ist ein von Karl Grobe ins Deutsche übersetztes Interview mit Liu Binyan abgedruckt, das auf Englisch ge-
- führt wurde und zunächst in der *New York Review of Books* erschienen war. Darin erklärt Liu Binyan, daß es seit 1979 in beinahe jedem Jahr eine Kampagne gegen die Liberalisierung gegeben habe, doch jedesmal seien die Kampagnen schwächer geworden. Sie würden von einer reformfeindlichen Fraktion innerhalb der Führung initiiert, die im Lauf der Zeit immer mehr an Einfluß verlieren werde.
- 11) SZ, 25.4.89.
- 12) Wolfgang S. Heinz, "Die fünfte Modernisierung. Menschenrechte und Justiz in der Volksrepublik China", in: Helmut Steckel (Hrsg.), *China im Widerspruch. Mit Konfuzius ins 21. Jahrhundert?*, Reinbek 1988, S. 293.
- 13) C.a., 1989/3, Ü 8.
- 14) Vgl. C.a., 1989/3, Ü 10.
- 15) Vgl. Ariane Mnouchkine, Hans Georg Berger u.a., *Der Prozeß gegen den Schriftsteller Wei Jingsheng*, Reinbek 1986, S. 64 f.
- 16) Vgl. Peter Schier, "Chinas demokratisch orientierte Intellektuelle fordern die Freilassung von Wei Jingsheng und anderen politischen Häftlingen", in: C.a., 1989/2, S. 115 ff.
- 17) Vgl. C.a., 1989/3, Ü 10.
- 18) Vgl. C.a., 1989/4, Ü 12; vgl. auch BRU, 2.5.89.
- 19) Vgl. etwa die Zusammenfassung der erstaunlich offenen Debatten über das Verhältnis zwischen Führung und Gesellschaft und die Beziehungen zwischen Reform und Demokratisierung im Shanghai *Weltwirtschaftsboten*, in der *Volkszeitung* und im Parteiorgan *Rote Fahne* vom Sommer 1986, in: C.a., 1986/7, Ü 7.
- 20) Vgl. C.a., 1987/1, Ü 9.
- 21) So Hu Qili im Dezember 1988 in einer Rede anlässlich eines von der ZK-Propagandaabteilung organisierten Journalisten-Seminars; Xinhua, 23.12.88, nach SWB, 30.12.88.
- 22) Brunhild Staiger, "Die neue Behörde für das Presse- und Publikationswesen", in: C.a., 1987/6, S. 477.
- 23) Vgl. GMRB, 5.5.89
- 24) Vgl. C.a., 1989/2, Ü 21.
- 25) Vgl. C.a., 1989/1, Ü 24.
- 26) Vgl. C.a., 1989/2, Ü 13.
- 27) Vgl. etwa C.a., 1989/3, Ü 16.
- 28) Zum Wortlaut der "Provisorischen Bestimmungen" siehe Oskar Weggel, "Das Kriegsrecht und seine Durchführung: Eine Betrachtung unter juristischen Gesichtspunkten", in diesem Heft.
- 29) Vgl. etwa GMRB, 28.4.89.
- 30) *The Straits Times*, 28.4.89.
- 31) Vgl. etwa GMRB, 6.5.89.
- 32) GMRB, 15.5.89